



**Gewerkschaft
der Polizei**

Landesbezirk Brandenburg

Protokollnotiz

zum Bericht des Lenkungsausschusses

Evaluierung der Polizeistrukturereform „Polizei Brandenburg 2020“

Potsdam, 29. Juli 2015

Die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Brandenburg, hat im Rahmen der letzten Sitzung des Lenkungsausschusses am 14.07.2015 dem Bericht des Lenkungsausschusses zur Evaluierung der Polizeistrukturereform dem Grunde nach zugestimmt, dabei jedoch auf Kritikpunkte hingewiesen. Diese Kritikpunkte werden nunmehr im Rahmen dieser Protokollnotiz zum Bericht gegeben.

Der im Rahmen dieser Sitzung des Lenkungsausschusses vorgelegte Evaluierungsbericht beinhaltete den neuen Bedarf an Dienstposten für die Brandenburger Polizei in Höhe von **8.338**. Diese Stellenzahl bildete weitestgehend den aus den Arbeitsgruppen der Evaluierung formulierten fachlich begründeten Mindestbedarf ab.

Der nunmehr vorliegende Bericht geht von einer Stellenzahl **8.216** aus. Dies bedeutet letztlich, dass in einigen Bereichen erneut Abstriche vorgenommen wurden. Es ergibt sich jedoch aus dem Bericht nicht, in welchen Bereichen und aus welchen fachlichen Gründen Dienstposten reduziert wurden.

Nicht berücksichtigt wird der Mehrbedarf für die Polizeiinspektion Flughafen BER. Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei ist es zwingend erforderlich, diesen Mehrbedarf umgehend aufzunehmen. Dieser Bericht wird Grundlage der Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt 2017/2018. 2017 soll bereits der BER seinen Betrieb aufnehmen. Das zur Absicherung der polizeilichen Aufgaben im Rahmen des Flughafenbetriebes erforderliche Personal sollte mit Eröffnung bereits zur Verfügung stehen.

Eine Empfehlung zur Anzahl der Polizeireviere mit 24 Stunden/7 Tage Besetzung wurde im Evaluierungsbericht nicht gegeben. Hier soll künftig lagebezogen entschieden werden. Unbedingt zu beachten ist aus Sicht der GdP der Erhalt der Präsenz in der Fläche, Berücksichtigung von kriminalgeografischen Schwerpunkten und Einbeziehung der kommunalen Verantwortungsträger.

Das von der GdP kritisierte Führen aus der Distanz soll einer gesonderten Überprüfung unterzogen werden. Dieser Verfahrensweise kann zugestimmt werden; zumal die Personalräte und Berufsvertretungen in diese Prüfung einbezogen werden.

Der Bereich der Kriminalpolizei wird insgesamt gestärkt, jedoch folgt der Bericht nicht vollumfassend der Empfehlung der AG Kriminalitätsangelegenheiten zur Dienstpostenausstattung und auch nicht der diesbezüglichen Forderung der GdP. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Eine wesentliche Forderung der GdP war eine endgültige Entscheidung zum Erhalt der 4. Einsatzhundertschaft. Dieses ist nunmehr im Ergebnis der Evaluierung bestätigt. Die personelle Ausstattung der Bereitschaftspolizei soll lt. Evaluierungsbericht erhöht und damit stärker an das Bund/Länder-Abkommen (BRAS) angeglichen werden. Die GdP fordert weiterhin die konsequente stellenmäßige Aufstockung nach BRAS. Reduzierungen in diesem Bereich sind mit Nachdruck abzulehnen.

Der Evaluierungsbericht enthält Aussagen für die Verbesserung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie, flexible Arbeitsortsgestaltung und Gesundheitsmanagement. Diese Aussagen werden begrüßt. Es fehlen jedoch Empfehlungen/ Vorgaben für eine konkrete personelle Umtersetzung.

Die Fachdirektion Besondere Dienste wird zur Direktion Besondere Dienste und die Fachdirektion LKA wieder zum Landeskriminalamt umbenannt. Unserer Forderung, die beiden Einrichtungen generell eigenständig (außerhalb des Polizeipräsidiums) werden zu lassen, wurde nicht entsprochen.

Dem seitens FHPol und ZDPol angemeldeten Mehrbedarf ist im vollen Umfang zu entsprechen. Die lt. Evaluierungsbericht avisierte tendenzielle Berücksichtigung ist unzureichend. Beide Einrichtungen haben im Rahmen der Umsetzung des Evaluierungsberichtes keine Einflussmöglichkeiten auf den künftigen zusätzlichen Personalzufluss

Die Gewerkschaft der Polizei weist darauf hin, dass die geforderte Stellenzahl für die Polizei erst in einigen Jahren erreicht werden kann. Bis dahin ist ein weiterer Rückgang unvermeidlich. Dieses Tal muss noch durchschritten werden.

Wir fordern die Landesregierung auf, Maßnahmen zu treffen, dass dieser unvermeidliche weitere Personalabbau zumindest abgedämpft werden kann. Dazu gehören Angebote für eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Einstellung von Verwaltungspersonal und von Spezialisten und auch Programme z.B. zur verkürzten Ausbildung und Übernahme von Mitarbeitern aus Polizei nahen Tätigkeitsbereichen.